III.

Was geschieht schon jetzt auf dem Gebiet staatsbürgerlicher Erziehung?

Es möge jetzt zum Vergleich auf das hingewiesen werden, was auf dem Gebiet der staatsbürgerlichen Erziehung schon jetzt geleistet bezw. gefordert wird, zunächst in den deutschen Bundesstaaten[1]).

In Baden werden seit 1875 in der Verordnung über die Fortbildungsschulen Belehrungen über die Verfassung und politischen Einrichtungen des deutschen Reiches verlangt.

In Hessen besteht seit 30 Jahren staatsbürgerlicher Unterricht an den Fortbildungsschulen.

In Hamburg heißt es in den Richtlinien für die Aufstellung der Lehrpläne in den einzelnen Fachschulen: Die Lehrlingsfachschulen sollen — — — die Lehrlinge auf ihre zukünftige Stellung als Staatsbürger vorbereiten. Die Bürgerkunde ist mit der Geschäftskunde zu einem besonderen Fache vereinigt.

In Sachsen ist seit Oktober 1910 die Bürgerkunde in allen Schulen des Landes eingeführt, ebenso in Elsaß-Lothringen, in den Volksschulen, Seminaren und höheren Lehranstalten.

In Württemberg schreiben die Lehrpläne ausdrücklich vor, daß die Schüler zum Verständnis ihrer staatsbürgerlichen Pflichten vorzubereiten sind. In den Gewerbe- und Handelsschulen werden Wirtschafts- und Gesetzeskunde als besonderes Fach gelehrt.

In Bayern bestehen für Volks- und höhere Schulen noch keine Vorschriften über staatsbürgerlichen Unterricht. An den Fortbildungs- und Fachschulen wird Bürger- und Gesetzeskunde gelehrt.

In Preußen sind Bestrebungen vorhanden, die eine Erweiterung des staatsbürgerlichen Unterrichts verlangen. Das

---

[1]) cf. Hedler, Wie steht es jetzt mit dem staatsbürgerlichen Unterricht?

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

Abgeordnetenhaus hat im Jahr 1913 die Regierung gebeten, zur Förderung des staatsbürgerlichen Unterrichts in den höheren und mittleren Lehranstalten und in der Volksschule

1. Ausbildungskurse für Lehrpersonen einzurichten.
2. an den Universitäten und Seminaren für die Ausbildung im staatsbürgerlichen Unterricht Vorsorge zu treffen.

Im Sinne dieses Beschlusses hat vom 13. bis 25. Oktober 1913 in Berlin der erste Fortbildungskursus für Oberlehrer stattgefunden. Daß man jetzt auch in Preußen die Fortbildungsschule als geeignet ansieht für die Erziehung zum Staatsbürger, ergibt sich aus den Bestimmungen über die Einrichtung und Lehrpläne der Fortbildungschulen vom 1. Juli 1911, dann aus der Begründung des leider abgelehnten Entwurfs der Pflichtfortbildungsschulen vom März 1911, sowie ganz besonders aus den für unsere Ziele sehr wichtigen Verhandlungen des Beirats für das gewerbliche Unterrichtswesen vom Oktober 1910.[1])

In den Bestimmungen heißt es im Anfang[2]): »Die kaufmännische und gewerbliche Pflichtfortbildungsschule hat die Aufgabe, die berufliche Ausbildung der jungen Leute zwischen 14 und 18 Jahren zu fördern und an ihrer Erziehung zu tüchtigen Staatsbürgern und Menschen mitzuwirken.«

Von der Bürgerkunde wird gesagt[3]): »Die Bürgerkunde hat die Aufgabe, den Zusammenhang des einzelnen und seiner Berufsarbeit mit dem Gemeinschaftsleben in Familie, Geschäft und Schule, in Gemeinde, Staat und Reich zum Bewußtsein zu bringen, das Werden und Wesen wichtiger Einrichtungen des öffentlichen Lebens zu erklären, die Ehrfurcht vor der Verfassung und Rechtsordnung zu festigen,

---

[1]) cf. IV. Verwaltungsbericht des Königl. Preußischen Landesgewerbeamts S. 12 ff.

[2]) cf. IV. Verwaltungsbericht des Königl. Preußischen Landesgewerbeamts. Berlin 1912, S. 138, 154.

[3]) a. a. O. S. 144, 158.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

die Liebe zu Heimat, Vaterland und Herrscher zu pflegen und Ziele für die freudige Mitarbeit im Staate vor Augen zu stellen.«

Ähnliche Worte finden wir in der Begründung des erwähnten Gesetzentwurfs.[1])

In dem Bericht über die Verhandlungen des Beirats heißt es[2]): Weiter wird die Ansicht ausgesprochen, daß die Fortbildungsschule neben ihrem Hauptzwecke, der Ausbildung der Jugend, auch die Aufgabe habe, den sozialdemokratischen Geist tunlichst zu bannen.[3]) Die Schule solle nicht nur dazu dienen, die jungen Leute technisch zu bilden, sondern auch dazu, sie sittlich und politisch zu erziehen. Von anderer Seite wird es dagegen für falsch gehalten, politisch auf die Jugend einwirken zu wollen. Eine Tendenz der Schule gegen die Sozialdemokratie darf nicht zutage treten.« Wir schließen uns der zuerst angeführten Auffassung an, und halten einen Verzicht auf die politische Aufklärung der Jugend für sehr bedenklich und unheilvoll.

Wir sehen also, daß in verschiedenen Staaten Deutschlands sehr eifrig auf dem Gebiet staatsbürgerlicher Erziehung gearbeitet wird. Wenn auch die von uns geforderte Art der Ausführung noch nicht gefunden ist, so darf man doch bei dem warmen Interesse, das besonders in Preußen an maßgebender Stelle der staatsbürgerlichen Erziehung entgegengebracht wird, hoffen, daß unsere Vorschläge beachtet werden, und in einer den bestehenden Verhältnissen angepaßten Form zur Ausführung gelangen.

Das Ausland ist uns auf diesem Gebiete weit voraus. Wir können daher vom Ausland manches lernen und zwar zunächst von unseren Nachbarn, sowohl von den germanischen Staaten, Dänemark, Holland und der Schweiz, sowie von dem romanischen Frankreich.

---

[1]) a. a. O. S. 104/105.

[2]) a. a. O. S. 13.

[3]) Die den Lehrlingen drohenden Gefahren sind besonders in dem Referat des Ministerialdirektors Dr. Neuhaus hervorgehoben a. a. O, S, 37 ff.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

Dänemark[1]) wird seit 1901 von Bauern regiert und zwar von Bauern, die durch die Volkshochschule vorgebildet sind. Die dänischen Volkshochschulen stellen in den Mittelpunkt ihres Unterrichts die heimische Geschichte, daneben werden einzelne Abschnitte der ausländischen Geschichte behandelt. Die Zöglinge dieser Volkshochschulen sind junge Leute beiderlei Geschlechts im Alter von 17 bis 30 Jahren. Die Mehrheit der Schüler sind Bauernkinder, Handwerker, Knechte und Arbeiterkinder, die bisher nur die Volksschule besucht haben. Die Volkshochschule ist in erster Linie eine Gesinnungsschule. Der jetzige dänische Kultusminister, früherer Vorsteher der bekannten Askover Volkshochschule, hat das Programm der Volkshochschule folgendermaßen ausgedrückt: »Wir wollen mit Hülfe der Geschichte und der heimischen Dichtkunst unsere Jugend dahin bringen, daß sie lebendige, von wahrer Vaterlandsliebe beseelte Menschen werden, die es mit Dankbarkeit und Stolz aussprechen, daß sie Dänen sind.« Fürwahr ein hohes stolzes Ziel! Und daß dies Ziel erreicht wird, weiß jeder, der mit dänischen Verhältnissen bekannt ist. 7000 junge Leute besuchen jährlich die 70 dänischen Volkshochschulen und verlassen sie als pflichtbewußte Staatsbürger und eifrige Patrioten. Auch aus Nordschleswig werden diese Schulen vielfach besucht, zum Schaden des Deutschtums, denn alle Zöglinge der Volkshochschulen kehren zurück als fanatische Dänen und Deutschfeinde und verstärken die Reihen unserer Gegner.

Es wäre falsch, das System der dänischen Volkshochschulen einfach auf Deutschland zu übertragen, aber wir dürfen es doch als einen nationalen Gewinn ansehen, daß man in Nordschleswig beginnt, Volkshochschulen einzurichten.

Für mittlere und höhere Schulen ist Bürgerkunde in Dänemark als obligatorisches Fach vorgeschrieben und für die Kandidaten des höheren Lehramts, die Geschichte stu-

---

[1]) cf. Gröndahl, Staatsbürgerliche Erziehung in Dänemark. Leipzig und Berlin 1911.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

dieren, ist Staatskunde Pflichtfach, ebenso für die Studenten der Jurisprudenz. Und was auf der Schule gelernt ist, wird später befestigt durch die zahlreichen Vortragsvereine, in denen Volkshochschullehrer, Pastoren, Professoren, Abgeordnete, oft auch aktive Offiziere für die Weiterbildung des Volkes sorgen. Auch hierin gibt uns das kleine Dänemark ein Vorbild nationaler Pflichterfüllung, um die wir unsere Nachbarn beneiden können.

In Holland[1]) besteht seit 1863 in den Schulen staatsbürgerlicher Unterricht und zwar zunächst in den sogenannten Wiederholungsschulen, die eingerichtet sind für ehemalige Volksschüler im Alter von 14 bis 19 Jahren. Hier wird in den drei obersten Klassen, also vom 16. Jahre an, Bürgerkunde gelehrt. Ebenso in den Bürgerschulen, die sich an die niederen Schulen angliedern. Die holländischen höheren Bürgerschulen mit 3jährigem Kursus, entsprechen unseren Realschulen, die mit 5jährigem Kursus unseren Oberrealschulen, in beiden wird in den obersten Klassen staatsbürgerlicher Unterricht einstündig bezw. zweistündig erteilt. Auch im Abgangsexamen werden Themata aus der Volkswirtschaft oder Staatslehre gestellt, z. B.: Geschichte der Niederländischen Münzordnung, oder: Wie kommt ein Gesetz zustande?

In den Gymnasien wird staatsbürgerlicher Unterricht seit 1874 nicht mehr erteilt, wegen Überbürdung der Schüler. Die Annahme, daß aus diesem Grunde die Zahl der Gymnasien in Holland stetig zurückgeht, ist jedenfalls nicht abzuweisen.[2])

Die Entfernung des staatsbürgerlichen Unterrichts aus den Gymnasien, die doch in erster Linie zur Verbreitung historischer Bildung berufen sind, muß sehr bedauert werden.

Da in Holland die Bürgerkunde als besonderes Fach erteilt wird, sind daher auch besondere Lehrkräfte nötig, die auf der Universität vorbereitet werden. Der Doktorgrad

---

[1]) cf. Oßwald, staatsb. Erziehung in den Niederlanden. 1911.
[2]) cf. Oßwald a. a. O. S. 15.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

der Staatswissenschaft berechtigt zum Unterricht in diesem Fache.

Die Schweiz[1]) stellt die Geschichte und Geographie der Heimat in den Mittelpunkt des Unterrichts. Jedem Reisenden in der Schweiz sind die vielen wandernden Schulen bekannt, die den Kindern die Schönheit ihrer Heimat vor Augen stellen sollen. In den Primar- und Sekundarschulen, unseren Volks- und Mittelschulen, werden in der Vaterlandskunde neben Geschichte und Erdkunde staatsbürgerliche Kenntnisse vermittelt. In den Fortbildungsschulen ist in der Regel der staatsbürgerliche Unterricht obligatorisch. Es heißt in der Instruktion für diese Schulen:[2]) »Wer berufen ist, über die wichtigsten Angelegenheiten der Gemeinde und des Staats sein Entscheid abzugeben, die Mitglieder der Behörden zu wählen, Verfassung und Gesetze anzunehmen oder abzulehnen, dem darf die Geschichte dieser Instruktion, die Organisation des Staates, die Gesetzgebung, Verwaltungs- und Rechtspflege und ihr Ineinandergreifen nicht unbekannt sein.« Man liebt es in der Schweiz, diese Belehrungen an konkrete politische Vorgänge anzuknüpfen, z. B. an die wichtige Vorlage des Rückkaufs der Schweizer Bahnen vom Jahre 1908, ein Gesetz, das in der Volksabstimmung mit 385792 gegen 181721 Stimmen angenommen wurde. Durch Schulreisen, wie z. B. den Besuch des Bundeshauses in Bern, werden die staatsbürgerlichen Kenntnisse erweitert.

Die höheren Schulen pflegen die Bürgerkunde mit der Geschichte zu verbinden. Dies Verfahren schlägt man auch auf einigen Lehrerseminaren ein, während in anderen Seminaren besondere Stunden für Volkswirtschaft und Staatskunde angesetzt sind. Exkursionen zum Besuch einer Schwurgerichtssitzung oder einer Sitzung des großen Rats unterstützen diesen Unterricht.

Eine Eigenart der Schweiz bilden die Rekrutenprü-

---

[1]) cf. Rühlmann, Die Idee der staatsbürgerlichen Erziehung in der Schweiz. 1911.

[2]) cf. Rühlmann, a. a. O. S. 13.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

fungen, denen sich seit 1874 alle Gestellungspflichtigen ohne Ausnahme unterziehen müssen. Geprüft wird dabei im Kopfrechnen, Lesen und in der Vaterlandskunde; und es soll vorkommen, daß zuweilen Abiturienten von höheren Schulen schlechte Noten heimbringen, namentlich in der Vaterlandskunde und im Rechnen.[1]) Ein deutscher Oberlehrer, der einer solchen Prüfung beiwohnte, erklärte, er sei überrascht gewesen über die erstaunlichen Kenntnisse der Schweizer in der Staatskunde. Über die Resultate einer jeden Prüfung wird ein Zeugnis ausgestellt, und diese Zeugnisse werden alljährlich veröffentlicht. Dadurch hat der Staat ein vorzügliches Mittel, den Stand der Volksbildung zu kontrollieren Und die Veröffentlichung der Zeugnisse ist geeignet, den Eifer der Schüler in den einzelnen Kantonen anzuspornen. Der glühende Patriotismus, der alle Schichten des Schweizer Volkes beseelt, ist allbekannt. Ja sogar die Schweizer Sozialdemokraten sind patriotisch, gibt es doch in der Schweiz sozialdemokratische Pfarrer, Richter, Lehrer und sogar Offiziere.

In Frankreich[2]) ist, entsprechend der Auffassung von der Allmacht des Staates, der Begriff der Staatsschule konsequent durchgeführt. Schon der Konvent hat von der Schule eine Erziehung für den Staat verlangt, Napoleon I. stellte brutal die Schule in den Dienst des Staates, und alle nachfolgenden Regierungen haben sein Beispiel nachgeahmt. Napoleon III. stützte sich auf den Klerikalismus und überließ deshalb die Schule der Kirche. Als das zweite Kaiserreich 1870 zusammengebrochen war, wandte sich die junge Republik mit leidenschaftlichem Eifer gegen die Klerikalen. Nach langen Kämpfen siegten die Republikaner, und jetzt wurde die Staatsschule zu einer Stütze der republikanischen Staatsform. 1882 wurde der Religionsunterricht in der Schule abgeschafft und an seine Stelle der Moralunterricht gesetzt (instruction morale), 1904 wurde durch das Trennungs-

---

[1]) cf. Rühlmann a. a. O. S. 57.

[2]) cf. Rühlmann, Der staatsbürgerliche Unterricht in Frankreich. 1912.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

gesetz den Religionsgesellschaften jede Art von Unterricht verboten, und seitdem beherrscht das Laienelement den Unterricht in republikanisch-demokratischem Sinne. Moralunterricht und staatsbürgerliche Erziehung sind oft miteinander verbunden (instruction morale et civique).

Der Moralunterricht beginnt in der Volksschule, enthält auf der Unterstufe allgemeine moralische Belehrungen, dann folgen die Pflichten gegen die Familie, gegen die Gesellschaft und gegen das Vaterland. Es wird weiter behandelt der Gehorsam gegen die Gesetze, die Pflicht, das Stimmrecht auszuüben. Daneben wurde durch das Gesetz von 1882 der staatsbürgerliche Unterricht eingeführt (instruction civique), und zwar bereits in der Unterstufe der Volksschule. Besonders bevorzugt ist die Bürgerkunde in den écoles primaires supérieures, unseren Mittelschulen. Hier wird sie in den ersten Jahren mit dem Moralunterricht verbunden, in dem 2. und 3. Jahr werden Bürgerkunde, Rechtskunde und Nationalökonomie besonders betrieben. In den Lehrerseminaren will man absichtlich die künftigen Erzieher der Demokratie bilden und betreibt dementsprechend Staatskunde. Daß die gesamte staatsbürgerliche Erziehung in Frankreich seit 1870, abgesehen von einer kurzen Unterbrechung am Anfang unseres Jahrhunderts, von der Revancheidee beherrscht wird, erscheint uns verständlich. Dadurch erklärt sich auch die deutschfeindliche Stimmung der Franzosen, die wir bei jeder Gelegenheit beobachten können.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf